



## Atomausstieg auch europaweit realisieren

Atomausstieg auch europaweit realisieren  
Zu den vorgestellten Ergebnissen des Stresstests für AKWs erklärt Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Die Ergebnisse des Stresstests europäischer Atomkraftwerke sind dramatisch. Demnach verfügen alle AKWs innerhalb der EU über erhebliche Sicherheitsmängel. Dabei wurden bei dem Test noch nicht einmal alle risikosensiblen Bereiche eines Atomkraftwerkes untersucht. Ein weiteres Mal wird nun deutlich, dass Atomkraft die falsche Technologie ist und für die Menschen ein nicht zu kalkulierendes Sicherheitsrisiko bedeutet. Die unsichersten europäischen Schrottreaktoren wie Fessenheim und Cattenom müssen sofort vom Netz genommen werden. Die deutschen AKWs, die bei dem Test durchgefallen sind, wie Brokdorf, Emsland oder Grohnde, müssen zwingend nachgerüstet werden. Verweigert sich ein Konzern der Nachrüstung, müssen die AKWs früher als geplant abgeschaltet werden. Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit. Alles andere wäre nicht vertretbar. Es reicht nicht aus, wenn Umweltminister Altmaier jetzt sagt, die Ergebnisse des Stresstests werden nicht ad acta gelegt. Er darf Konsequenzen nicht nur ankündigen, sondern muss sie auch ziehen. Der Umweltminister muss auf Nachrüstung dringen, endlich runter von der Bremse bei den Erneuerbaren und sich für eine europäische Ausstiegsinitiative stark machen. Der für Deutschland beschlossene Atomausstieg sollte schleunigst Schule machen und der Einstieg in die Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren auch in den anderen EU-Staaten endlich vollzogen werden."  
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand Dr. Jens Althoff, Pressesprecher  
Platz vor dem Neuen Tor 1 \* 10115 Berlin  
Email: presse@gruene.de  
Tel: 030 - 28442 130 \* Fax: 030 - 28442 234

## Pressekontakt

PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand Dr. Jens Althoff, Pressesprecher

11015 Berlin

presse@gruene.de

## Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.